

Europäischer Flüchtlingsfonds
Entwurf für die mehrjährigen Programme (2008 – 2013)

- ☐ ursprüngliche Fassung
X im Einvernehmen mit der Kommission überarbeitete Fassung (1, 20/10/08)
☐ unter Berücksichtigung von Evaluierungen und / oder aufgrund von Durchführungsschwierigkeiten überarbeitete Fassung
☐ nach der Überarbeitung der strategischen Leitlinien überarbeitete Fassung

MITGLIEDSTAAT:

Bundesrepublik Deutschland

FONDS:

Europäischer Flüchtlingsfonds

ZUSTÄNDIGE BEHÖRDE:

Name: *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*

Anschrift: *Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg*

Name der zuständigen Person: *ORR Rudolf Winter*

Kontaktperson: *ORR Rudolf Winter*

Funktion der Kontaktperson: *Leiter der Zuständigen Behörde für EFF*

Tel.: *+49 (911) 943-6800*

Fax: *+49 (911) 943-6899*

e-mail: *Rudolf.Winter@bamf.bund.de*

ABGEDECKTER ZEITRAUM: *2008 bis 2013*

1. SITUATION IM MITGLIEDSTAAT

Beschreibung der Ausgangssituation im Mitgliedstaat in dem Handlungsfeld, das von den Zielen des Fonds abgedeckt wird

Die Lage des Landes und die sie beeinflussenden Migrationsströme

1.1.1 Zugangszahlen:

Die Zahl der Asylerstanträge ist in den Jahren ab 2003 kontinuierlich zurückgegangen.

Zeitraum	Asylanträge		
	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
2003	67.848	50.563	17.285
2004	50.152	35.607	14.545
2005	42.908	28.914	13.994
2006	30.100	21.029	9.071
2007	30.303	19.164	11.139

Die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer bezogen auf Asylersanträge waren 2007:

Irak, Serbien, Türkei, Vietnam, Russische Föderation, Syrien (Arabische Republik), Iran (Islamische Republik), Libanon, Nigeria und Indien.

1.1.2 Aufnahme und Verteilung:

In der Bundesrepublik Deutschland sind die Bundesländer nach dem Asylverfahrensgesetz verpflichtet, für die Unterbringung Asylbegehrender die dazu erforderlichen Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen und zu unterhalten. Hierzu teilt ihnen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge monatlich die Zahl der Zugänge von Asylbegehrenden, die voraussichtliche Entwicklung und den voraussichtlichen Bedarf an Unterbringungsplätzen mit.

Die Gesamtaufnahmekapazität liegt derzeit bei 10.315 Unterbringungsplätzen in 18 Aufnahmeeinrichtungen. Asylbewerber sind grundsätzlich verpflichtet, bis zu sechs Wochen, längstens aber bis zu 3 Monaten zunächst in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Bürgerkriegs- und Kriegsflüchtlinge wurden bisher unmittelbar nach ihrer Einreise regelmäßig in staatlichen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht, in denen die notwendige Erstversorgung gewährleistet ist. Asylbewerber sind unverzüglich aus der Aufnahmeeinrichtung zu entlassen und innerhalb des Landes zu verteilen, wenn nicht oder nicht kurzfristig entschieden werden kann, dass der Asylantrag unbeachtlich oder offensichtlich unbegründet ist (§ 50 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AsylVfG).

1.1.3 Entscheidungen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Asylverfahren

Zeit- raum	Entschei- dungen					formelle Entschei- dungen
	insgesamt	davon An- erkennung- en als Asylberech- tigte	davon Zu- erkennung von Flücht- lingsschutz	davon Zu- erkennung von subsi- diärem Schutz	davon Ab- lehnungen	
2003	93.885	1.534	1.602	1.567	63.002	26.180
2004	61.961	960	1.107	964	38.599	20.331
2005	48.102	411	2.053	657	27.452	17.529
2006	30.759	251	1.097	603	17.781	11.027
2007	28.572	304	6.893	673	12.749	7.953

Unberücksichtigt sind in dieser Statistik Entscheidungen auf Grund verwaltungsgerichtlicher Urteile.

Asylberechtigte gemäß Art. 16a Abs. 1 Grundgesetz (GG) besitzen gleichzeitig die Rechtsstellung nach dem Genfer Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (§ 2 Abs. 1 des Asylverfahrensgesetzes - AsylVfG), beide Personengruppen werden in Deutschland weitgehend gleich behandelt.

Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge gem. § 3 AsylVfG i.V.m. § 60 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) erhalten eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre (§ 25 Abs. 1 und 2 i. V. m. § 26 Abs. 1 Satz 2 AufenthG); danach ist ihnen eine (unbefristete) Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der Ausländerbehörde mitgeteilt hat, dass die Voraussetzung für den Widerruf oder die Rücknahme der Asylberechtigung bzw. den Flüchtlingsstatus nicht vorliegen (§ 26 Abs. 3 AufenthG). Subsidiär Schutzberechtigten gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 AufenthG soll grundsätzlich eine Aufenthaltserlaubnis für mindestens 1 Jahr erteilt werden (§ 25 Abs. 3 i. V. m. § 26 Abs. 1 Satz 2 AufenthG); nach siebenjährigem Besitz einer Aufenthaltserlaubnis kann ihnen bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen ebenfalls eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden (§ 26 Abs. 4 AufenthG).

1.1.4 Dauer der Asylverfahren

Bei Asylbewerbern, deren Verfahren im Jahr 2006 bestandskräftig abgeschlossen wurde, betrug die durchschnittliche Gesamtverfahrensdauer 21,7 Monate; im Jahr 2007 betrug dies 17,9 Monate. Innerhalb von sechs Monaten wurden 32,7 % (2006) und 43,7 % (2007) abgeschlossen. Weniger als ein Jahr dauerte das Verfahren für 47,5% (2006) und 56,6 % (2007) der Asylbewerber. Bei 7,1 % (2006) und 6,0 % (2007) der Asylbewerber betrug die Gesamtverfahrensdauer mehr als fünf Jahre.

1.1.5 Sozialleistungen

(a) Sozialleistungen allgemein

Am 01.01.2005 trat das Arbeitslosengeld II (ALG II) an die Stelle der Arbeitslosenhilfe. Im ALG II wurden faktisch Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt, in Deutschland bekannt als „Hartz IV“. Die Regelungen hierzu finden sich im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende -.

Leistungen nach dem SGB II:

Leistungen nach SGB II gibt es grundsätzlich für alle Menschen zwischen 15 und 65 Jahren, die erwerbsfähig und hilfebedürftig sind. Leistungsberechtigt sind auch die zu den Zielgruppen des EFF gehörenden Ausländer, die sich mit einem Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes (aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen) in Deutschland aufhalten. Sie sind insoweit deutschen Bürgern gleichgestellt. Einkommen und Vermögen werden (teilweise) anspruchsmindernd angerechnet

(b) Sozialleistungen an Ausländer, die zu den Zielgruppen des EFF gehören

Für Asylbewerber, über deren Anträge noch nicht entschieden wurde, gilt das am 01.11.1993 verabschiedete Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.08.1997, zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes

zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19.08.2007 (Richtlinienumsetzungsgesetz). Dieses Gesetz umfasst auch den Personenkreis der Bürgerkriegs- und Kriegsflüchtlinge mit zeitweisigem Aufenthaltsrecht und gewährt grundsätzlich für die Dauer von 4 Jahren Sozialleistungen.

Leistungen nach dem AsylbLG enden mit der Ausreise des Ausländers, mit Ablauf des Monats seiner Anerkennung als Asylberechtigter oder wenn der maximale Leistungsbezugszeitraum von 4 Jahren abgelaufen ist. Nach Ablauf von 4 Jahren haben Ausländer ggf. Anspruch auf Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) - Sozialhilfe -, wenn sie die Dauer des Aufenthalts nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben (§ 2 Abs. 1 AsylbLG).

Das AsylbLG wird von dem Grundgedanken getragen, dass sich Leistungsberechtigte nach diesem Gesetz typischerweise nur vorübergehend in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten und ihnen aus diesem Grunde keine Integrationsleistungen gewährt werden müssen. Die Grundleistungen nach dem AsylbLG sind deshalb geringer als die Leistungen der Sozialhilfe.

Asylberechtigte nach Art. 16a Grundgesetz (GG) und anerkannte Flüchtlinge nach § 3 AsylVfG i. V. m. § 60 Abs. 1 AufenthG erhalten Sozialleistungen nach SGB II und SGB XII, Kindergeld (Bundeskindergeldgesetz), Erziehungsgeld bzw. Elterngeld für ab dem 01.01.2007 geborene oder mit dem Ziel der Adoption aufgenommene Kinder (Bundeserziehungsgeldgesetz - BErzGG, Bundeselterngeld und Erziehungsgeldgesetz - BEEG) sowie Ausbildungsförderung (Bundesausbildungsförderungsgesetz - BAFöG), wenn die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen.

Subsidiär Schutzberechtigte nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG erhalten Sozialhilfe nach § 23 SGB XII, unter bestimmten Voraussetzungen Kindergeld, Erziehungsgeld bzw. Elterngeld sowie unter bestimmten Voraussetzungen Ausbildungsförderung.

Ausreisepflichtige Ausländer, bei denen die Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist, erhalten, wenn diese Unmöglichkeit nicht vom Betroffenen zu vertreten ist (Duldungsinhaber), zunächst 4 Jahre lang Leistungen nach AsylbLG (§ 23 Abs. 2 SGB XII, § 1 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 2 Abs. 1 AsylbLG), danach volle Sozialhilfeleistungen nach § 23 SGB XII und unter bestimmten Voraussetzungen Kindergeld, Erziehungsgeld bzw. Elterngeld sowie unter bestimmten Voraussetzungen Ausbildungsförderung.

Ausreisepflichtige Ausländer, bei denen die Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist, erhalten, wenn diese Unmöglichkeit vom Betroffenen zu vertreten ist, lediglich verkürzte Leistungen nach AsylbLG (§ 23 Abs. 2 SGB XII, § 1 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 2 Abs. 1 AsylbLG) auch nach Ablauf von 4 Jahren.

1.1.6 Zugang der zu den Zielgruppen des EFF gehörenden Ausländer zu Bildung und Arbeit

Zugang zu Bildungsstätten

Schulpflicht besteht für Kinder von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen in gleichem Umfang wie für Inländer.

Für Kinder von Asylbewerbern differieren die Regelungen zur Schulpflicht in den einzelnen Bundesländern (siehe unten 1.2.1.).

Der Zugang zum Studium ist während der Dauer des Asylverfahrens grundsätzlich verwehrt (Dies begründet sich nicht in aufenthaltsrechtlichen Regelungen, sondern kann sich nur aus landesrechtlichen Bestimmungen ergeben, evtl. aus Regelung aus dem Bildungsbereich zum Zugang zu Hochschulen). Neben dem Besuch von schulischen Bildungseinrichtungen (Zuständigkeit der Länder, siehe unten 1.2.1) besteht für diesen Personenkreis jedoch die Möglichkeit einer freiwilligen Teilnahme an entsprechenden kostenlosen Veranstaltungen der Volkshochschulen oder Freien Träger (z.B. Deutschkurse).

Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge haben freien Zugang zu allen Bildungseinrichtungen einschließlich der Leistungen nach der Integrationskursverordnung. Subsidiär Schutzberechtigte mit Aufenthaltstitel haben grundsätzlich Zugang zum Studium, nicht aber zu Leistungen nach der Integrationskursverordnung.

Zugang zum Arbeitsmarkt

Asylberechtigte und Konventionsflüchtlinge haben auf Grund ihres Status freien Zugang zum Arbeitsmarkt (§ 25 Abs. 1 Satz 4, Abs. 2 Satz 2 AufenthG).

Subsidiär Schutzberechtigte oder geduldete Ausländer oder Inhaber einer Aufenthaltsgestattung zur Durchführung eines Asylverfahrens haben Zugang zum Arbeitsmarkt nach den Regelungen der Beschäftigungsverfahrensverordnung (Besch-VerfV) und der Beschäftigungsverordnung (BeschV). Unter bestimmten Voraussetzungen ist die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erforderlich, teilweise ist sie entbehrlich.

Die Zustimmung ist zu versagen, wenn die Einreise erfolgte, um Leistungen nach dem AsylbLG zu erlangen oder aufenthaltsbeendende Maßnahmen aus vom Ausländer zu vertretenden Gründen nicht vollzogen werden können.

Für die Dauer der Pflicht, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, darf der Ausländer keine Erwerbstätigkeit ausüben.

Die bislang vom Mitgliedstaat ergriffenen Maßnahmen

1.2.1 Maßnahmen im Bereich der Aufnahme

Zielgruppe im Aufnahmebereich sind Drittstaatsangehörige und Staatenlose, die asylrechtlichen Schutz begehren, aber noch keinen bestandskräftigen oder rechts-

kräftigen Schutzstatus erhalten haben. Dies sind Personen, die den Status eines Asylberechtigten oder eines Flüchtlings im Sinne der Genfer Konvention oder einen subsidiären Schutz im Sinne der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 beantragt haben (= § 60 Abs. 2, Abs. 3 oder Abs. 7 Satz 2 AufenthG). Ebenso zählen zur Zielgruppe der Aufnahmeförderung Drittstaatsangehörige und Staatenlose, denen vorübergehender Schutz im Sinne der Richtlinie 2001/55/EG gewährt wird (= § 24 Aufenthaltsgesetz).

Unterbringung in Aufnahmeeinrichtungen:

Für die Dauer der Unterbringung in einer Aufnahmeeinrichtung wird der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts durch Sachleistungen abgedeckt. Kann Kleidung nicht geleistet werden, so kann Unterstützung in Form von Wertgutscheinen oder vergleichbaren unbaren Abrechnungen gewährt werden. Zusätzlich erhalten Leistungsberechtigte monatlich einen Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens.

Schulbesuch:

Schulbesuch ist in vollem Umfang obligatorisch in Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein, auch soweit sich die Kinder noch in Aufnahmeeinrichtungen befinden.

Kinder von Asylbewerbern werden nach Entlassung aus den Aufnahmeeinrichtungen (Verweildauer maximal 3 Monate) in den allgemein bildenden Schulen obligatorisch unterrichtet: in Bayern, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen wird der Schulbesuch ermöglicht, wenn die Eltern oder sonstige Vertreter dies wünschen.

Neben dem Bereich von schulischen Bildungseinrichtungen besteht für Asylbewerber keine Möglichkeit der Aufnahme eines Studiums, dafür aber die einer freiwilligen Teilnahme an entsprechenden kostenlosen Veranstaltungen der Volkshochschulen oder Freien Träger (z.B. an Deutschkursen).

Arbeitsmöglichkeiten:

Für in Aufnahmeeinrichtungen und vergleichbaren Einrichtungen wohnende Ausländer werden gem. § 5 AsylbLG – als Ausnahme zum allgemeinen Arbeitsverbot gem. § 61 AsylVfG – Arbeitsgelegenheiten geschaffen. Diese sollen insbesondere zur Aufrechterhaltung und Betreibung der Einrichtung dienen. Im Übrigen sollen, soweit wie möglich, Arbeitsgelegenheiten bei staatlichen, bei kommunalen und bei gemeinnützigen Trägern zur Verfügung gestellt werden.

1.2.2. Maßnahmen im Bereich der Integration

Zielgruppe des Maßnahmenbereichs Integration sind alle Drittstaatsangehörigen oder Staatenlose, die nach § 2 und § 3 des Asylverfahrensgesetzes als Asylberech-

tigte und als sonstige politische Flüchtlinge die Rechtsstellung von Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 genießen. Weiter fallen darunter alle Drittstaatsangehörigen und Staatenlose, die eine Form subsidiären Schutzes im Sinne der EU-Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 genießen. Hier handelt es sich insbesondere um Personen, bei denen ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 2, Abs. 3 oder Abs. 7 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt wurde.

Mit dem In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 wurde im Zuständigkeitsbereich des Bundes die Integrationspolitik erstmals gesetzlich verankert. Wichtige Aufgaben im Bereich der Erstintegration, wie die Durchführung von Integrationskursen und Beratung, sind seit 2005 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als zentraler Migrations- und Integrationsbehörde in Deutschland gebündelt.

Mit der Einführung der Integrationskurse und der Migrationserstberatung gibt es seitdem ein bundesweit einheitliches Erstförderangebot für Neuzuwanderer, das ebenso von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen bzw. subsidiär Schutzberechtigten genutzt werden kann. Darüber hinaus soll mit Hilfe des ebenfalls im Zuwanderungsgesetz vorgesehenen bundesweiten Integrationsprogramms eine stärkere Verzahnung und Koordination von Akteuren der Integrationsförderung und ihrer Maßnahmen erreicht werden. Das Integrationsprogramm hat den Auftrag, bestehende Integrationsangebote von Bund, Ländern, Kommunen und privaten Trägern festzustellen und Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung vorzulegen. Das Integrationsprogramm wird in den Handlungsfeldern sprachliche Bildung, berufliche Integration, gesellschaftliche Integration und Bildung entwickelt.

Bei der Arbeit am bundesweiten Integrationsprogramm werden die Vorgaben des Nationalen Integrationsplans (NIP) umgesetzt. Unter Koordinierung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration wurde 2006/2007 der NIP erarbeitet, der die zentralen Themen und Leitlinien der Integrationspolitik der nächsten Jahre definiert hat. Am Entwicklungsprozess des NIP waren auf staatlicher und kommunaler Seite mit Bund, Ländern und Gemeinden alle Ebenen beteiligt. Gleichzeitig wurde ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Akteure eingebunden, unter ihnen insbesondere auch Migrantenorganisationen.

Ziel der Integrationspolitik des Bundes ist es, allen rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Migranten, darunter der im ersten Abschnitt unter 1.2.2 angeführten Zielgruppe, die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen. Schwerpunkte setzt der Bund insbesondere in den Bereichen Sprachförderung, soziale Beratung, Ausbildung und berufliche Integration sowie Familie und gesellschaftliche Integration. Das Engagement erstreckt sich darüber hinaus auf Bereiche wie Stadtteilfeörderung, Gesundheitsprävention, Kulturförderung bzw. kulturelle Integration, interreligiöser und interkultureller Dialog, interkulturelle Öffnung sowie Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus.

Ebenso wie der Bund zielt auch die Integrationspolitik der Länder grundsätzlich auf die gleichberechtigte Teilhabe aller rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Zuwanderer einschließlich Flüchtlingen und subsidiär Geschützten am gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben.

Zu den Schwerpunkten zählen Sprachförderangebote, vornehmlich der vorschulischen und schulischen Sprachförderung, aber auch Sprachförderangebote zur Aufnahme bzw. Fortsetzung eines Hochschul- bzw. Fachhochschulstudiums. Hervorzuheben ist die Fokussierung auf den vorschulischen und schulischen Bereich und die Betonung eines ganzheitlichen Ansatzes, der die Integration von Kindern unter Einbeziehung der Eltern befördert und hierfür spezielle Angebote der Familienbildung bereithält.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Arbeitsmarktintegration, d.h. der Zugang zu Ausbildung, Arbeit und Erwerb mittels der zielgruppenspezifischen Ausrichtung beschäftigungspolitischer Programme in Kooperation mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Städte, Kreise und Gemeinden engagieren sich für eine erfolgreiche Integrationsarbeit vor Ort vor allem über die Etablierung lokaler Netzwerke und Ausländerbeiräte sowie örtliche Integrationsbeauftragte oder Ausländerbeauftragte.

Schließlich beteiligen sich im Bereich der Integrationsförderung eine Vielzahl nicht-staatlicher Akteure.

Integration durch sprachliche Bildung

Mit den durch das Zuwanderungsgesetz eingeführten Integrationskursen existiert seit 01. Januar 2005 ein bundeseinheitliches sprachliches Erstförderangebot für nicht mehr schulpflichtige Neuzuwanderer bzw. bereits länger in Deutschland lebende Zuwanderer. Voraussetzung zur Teilnahme am Integrationskurs ist der Besitz eines Daueraufenthaltsrechts.

Ergänzt wird dieses Angebot durch berufsbezogene Sprachfördermaßnahmen insbesondere im Rahmen der so genannten ESF-BAMF-Kurse sowie durch weitere Angebote der Agenturen für Arbeit. Wichtige Zielgruppen sind dabei zum einen Berufstätige, die im Zuge der Fort- und Weiterbildung ihre berufsbezogenen Deutschkenntnisse verbessern wollen bzw. müssen, zum anderen arbeitslose Menschen mit Migrationshintergrund, bei denen verbesserte berufsbezogene Deutschkenntnisse zur (Re)Integration in den Arbeitsmarkt beitragen sollen.

Auch für die Länder ist sprachliche Bildung ein zentraler Schwerpunkt ihrer Integrationspolitik und -förderung. Sie engagieren sich insbesondere bei der Deutschförderung im vorschulischen und schulischen Bereich und zielen damit auf die Verbesserung von Bildungsqualifikation und Ausbildungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Ergänzt werden die Maßnahmen des Bundes und der Länder durch vielfältige Angebote von Kommunen und Kreisen sowie privaten Trägern, die im Anschluss an den Integrationskurs oder in Erweiterung des Integrationskurskonzeptes vorbereitende niederschwellige oder vertiefende Sprachförderung anbieten.

Integration durch Bildung

In diesem Bereich werden unter Einbindung des familiären und sozialen Umfeldes neben den sprachlichen auch schulische Belange von Zugewanderten gefördert.

Integration durch Teilhabe am Arbeitsmarkt

Ein weiterer Bereich, der wesentlich über den Erfolg von Integrationsprozessen entscheidet, ist die Teilhabe am Arbeitsmarkt.

Maßnahmen der beruflichen Integration werden zu einem großen Teil aus den Förderbereichen des Zweiten, Dritten und Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB 8 - Kinder- und Jugendhilfe -) sowie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Die Fördermaßnahmen der beruflichen Integration beziehen sich vor allem auf die Bereiche: Übergang Schule/Beruf, Berufsorientierung und Berufsvorbereitung, Ausbildungsförderung/Ausbildungsplatzsuche, (fachliche) Qualifizierung, Bewerbungsmanagement und Stellenvermittlung. Ein Großteil der speziell für Zuwanderer einschließlich Flüchtlingen und subsidiär Geschützten zur Verfügung stehenden Programme stellt die Förderung ausreichender Deutschkenntnisse in den Fokus der Fördermaßnahmen, beispielsweise das ESF/BAMF-Programm. Darüber hinaus wird der Ansatz verfolgt, über so genannte Verbundprojekte den Integrationskurs des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge mit Maßnahmen der beruflichen Integration zu verknüpfen.

Integration durch gesellschaftliche Teilhabe

Das Handlungsfeld der gesellschaftlichen Integration zeichnet sich durch eine große Bandbreite und Vielfalt von Maßnahmen und Akteuren aus. Hierunter fallen unter anderem Maßnahmen und Projekte zur Eingliederung von Zuwanderern in die örtliche Gemeinschaft, zur Förderung der sozialen Integration zugewanderter Frauen, zur Förderung des interkulturellen bzw. interreligiösen Dialogs oder Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus. Den Kern bildet dabei die gemeinwesenorientierte Projektarbeit vor Ort, die häufig vom freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagement Einzelner lebt und wesentliche Bedeutung für die Integration der rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Migranten in das Gemeinwesen hat. Primär verfolgen die unterschiedlichen Ansätze das Ziel, eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen des alltäglichen Lebens der Aufnahmegesellschaft zu ermöglichen und Segregation zu verhindern.

Die Projektförderung des Bundes erfolgt in enger Abstimmung mit den Ländern und den anderen Akteuren der Integrationsförderung.

Auch hier werden Projekte zur Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen im Wohnumfeld gefördert. Hinzu kommen Projekte in den Bereichen Sucht- und Kriminalitätsprävention, Steigerung der Akzeptanz von Zuwanderung in der Aufnahmegesellschaft, Vermittlung von Werten und Normen der Aufnahmegesellschaft, Bekämpfung von Gettoisierung und Segregation, Netzwerkarbeit, Entschärfung von sozialen Konflikten sowie Stärkung von Ehrenamt und Hilfe zur Selbsthilfe.

Neben Bund und Ländern sind Kommunen, Wohlfahrtsverbände, allgemeine Bildungsträger, Stiftungen, Religionsgemeinschaften und Flüchtlingshilfeorganisationen die wichtigsten Akteure in diesem Handlungsfeld.

1.2.3 Maßnahmen im Bereich Strukturverbesserungen in der Asylpolitik/ Asylverwaltung/Asylrechtsprechung

Herkunftsländer- und Rechtsdokumentation:

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge versorgt mit einer eigenen Organisationseinheit, dem Informationszentrum Asyl und Migration (IZAM), die eigenen Mitarbeiter, aber auch externe Nutzer mit Informationen in den Bereichen Migration (einschließlich Asyl), Integration, Sicherheit und Rückkehr.

Externe Nutzer sind u.a. Gerichte, Rechtsanwälte, Behörden der Länder, andere Bundesbehörden und Partnerbehörden in anderen Staaten innerhalb und außerhalb der Europäischen Union.

Das IZAM stellt seinen Nutzern insbesondere über die zentrale Dokument- und Datensammlung „Migrations-InfoLogistik“ (MILo) ein breites Spektrum fachbezogener Informationen aus den verschiedensten Quellen zur Verfügung. Hierzu gehören u.a. Lageberichte, Auskünfte, Gutachten und Analysen von amtlichen Stellen, Nichtregierungsorganisationen und wissenschaftlichen Instituten, EU-Dokumente, Tageszeitungen und Fachzeitschriften, Bücher und Aufsätze sowie Analysen und Dokumentationen erstinstanzlicher sowie obergerichtlicher und höchstrichterlicher Entscheidungen der deutschen Verwaltungsgerichte sowie fachbezogene Entscheidungen auf europäischer Ebene, insbesondere des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR). Diese umfangreiche Dokumentation unterstützt die Bestrebungen des Bundesamtes, auch hinsichtlich seiner Entscheidungspraxis auf Verwaltungsebene eine einheitliche Beurteilung von Asylanträgen zu gewährleisten.

Anlassbezogen wird auch eine aktive Informationsgewinnung und Recherche u.a. im Internet betrieben.

In den zum IZAM gehörenden Analysereferaten wird die Situation in Herkunfts- und Transitstaaten analysiert und es werden Länderinformationen sowie Ausarbeitungen zu asyl-, migrations- und integrationspolitisch relevanten Themen erstellt.

Dem IZAM steht ein hochrangiges Expertenforum, das aus 18 Mitgliedern besteht, zur Seite. Das Forum setzt sich zusammen aus Experten, deren Sachkunde durch ihre Zugehörigkeit zu Institutionen, Organisationen und gesellschaftlichen Gruppen,

die am rund um das Asyl- und Migrationsgeschehen geführten Dialog beteiligt sind, zusätzliche Impulse erfährt.

Statistik

Es gehört auch zu den Aufgaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, der Politik und der Verwaltung statistische Informationen für die Planung, Durchführung und Kontrolle ihrer Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. In einem eigenen Referat werden alle asyl-, integrations- und migrationspolitisch relevanten statistischen Daten gesammelt, aufbereitet und ausgewertet. Die erhobenen Daten stehen auch der Öffentlichkeit, der Wissenschaft, der Wirtschaft, den Gewerkschaften und jeder interessierten Privatperson zur Verfügung.

Im Einzelnen bearbeitet das Statistik-Referat u.a. folgende Bereiche:

- Datengewinnung und Generierung von Statistiken aus Quellsystemen, die im Rahmen von BAMF-Geschäftsprozessen zum Asyl (inklusive des Dublin-Verfahrens) und zur Integration entstehen;
- Darstellung und Analyse statistischer Daten zu den Themen Asyl, Ausländer, Wanderung und Integration mittels Geo-Informationssystem;
- Beantwortung von Anfragen der Wissenschaft, der Verbände, der Bürger und Verwaltungen zu statistischen Aspekten der Migration und Integration;
- Mitarbeit beim Europäischen Migrationsnetzwerk (EMN);
- Herausgabe von Publikationen wie „Asyl in Zahlen“, „Integration in Zahlen“ und „Migrationsatlas“

Richtlinienumsetzungsgesetz:

Nachdem einzelne wichtige Regelungen bereits im Zuwanderungsgesetz vom 30.07.2004 (ZuwG) berücksichtigt waren, wurden mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19.08.2007 insgesamt 11 Richtlinien abschließend in nationales Recht umgesetzt. Besonders hingewiesen wird auf die:

Richtlinie 2003/86/EG des Rates vom 22.09.2003

... betreffend das Recht auf Familienzusammenführung - Familiennachzugs-Richtlinie; die Regelungen im Zuwanderungsgesetz basierten bereits weitgehend auf der Richtlinie, die aufgrund von Erlassen der Länder durch die Ausübung von gebundenem Ermessen bereits so umgesetzt wurde, dass Verwaltungsentscheidungen deutscher Behörden der Richtlinie nicht entgegenstanden. Die Umsetzung musste lediglich noch gesetzlich nachvollzogen werden, u.a. bzgl. des zwingenden Verzichts auf den Nachweis der Sicherung des Lebensunterhalts bei Nachzug zu Flüchtlingen.

Richtlinie 2003/9/EG des Rates vom 27.01.2003

... über die Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern - Richtlinie: Aufnahmebedingungen. Anpassungsbedarf bestand lediglich in zwei marginalen Punkten:

- Verpflichtung, Asylbewerber innerhalb einer bestimmten Frist über ihre Rechte und Pflichten im Asylverfahren zu unterrichten

- Verpflichtung, die Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung innerhalb einer bestimmten Frist auszuhändigen

Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29.04.2004

„Qualifikationsrichtlinie“

Kernelemente der Qualifikationsrichtlinie sind bereits mit dem Zuwanderungsgesetz in deutsches Recht übernommen worden:

- Berücksichtigung der nichtstaatlichen und der geschlechtsspezifischen Verfolgung im Rahmen der Flüchtlingsanerkennung
- Anwendung von Ausschlussklauseln bei Straffälligkeit im Rahmen der subsidiären Schutzgewährung

Zur vollständigen Umsetzung bedurfte es noch einer Reihe punktueller Änderungen:

- normative Regelung der tatbestandsmäßigen Voraussetzungen der Flüchtlingsanerkennung und der subsidiären Schutzgewährung, z. B. Konzept des internen Schutzes, Auslegungsregeln für die Verfolgungsgründe und die Voraussetzungen für die Verfolgungshandlungen - eher deklaratorischer Charakter, weil vom Richterrecht geprägte Rechtslage der Richtlinie bereits entsprach.
- weitere Anpassungen im Bereich des subsidiären Schutzes, z. B. Ergänzung des Schutzes vor drohender Folter um den Schutz vor unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung und Bestrafung, Berücksichtigung von Gefahren im Rahmen eines bewaffneten Konflikts

Richtlinie 2005/85/EG des Rates vom 01.12.2005

... über Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung und Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft - Verfahrensrichtlinie. Der Inhalt der Verfahrensrichtlinie stimmte im Wesentlichen mit der bestehenden deutschen Rechtslage überein, grundlegender rechtssystematischer Änderungen bedurfte es nicht; lediglich punktuelle Änderungen von Regelungen im Asylverfahrensgesetz:

- Festlegung weiterer Informationspflichten gegenüber Asylbewerbern;
- kleinere verfahrensrechtliche Anpassungen z. B. im Folgeverfahren

In das Richtlinienumsetzungsgesetz sind auch die Ergebnisse einer Evaluierung des Zuwanderungsgesetzes eingeflossen, für die Stellungnahmen eingeholt wurden

- von allen Innenministerien und Senatsverwaltungen für Inneres der Länder,
- den mit der Anwendung des ZuwG befassten Bundesressorts,
- der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration,
- dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten
- Kirchen und anderen Nichtregierungsorganisationen.

Zudem wurden Expertenanhörungen durchgeführt und eine Analyse der Rechtsprechung zum Zuwanderungsgesetz vorgenommen.

Die Evaluierung hat ergeben, dass sich das ZuwG grundsätzlich bewährt hat.

1.2.4 Maßnahmen im Bereich der Neuansiedlung

Neuansiedlungsprogramme sind derzeit in der Bundesrepublik Deutschland nicht geplant. Sollte es in der Zukunft und noch während der Förderperiode 2008 bis 2013 zu Neuansiedlungsprogrammen kommen, wird der Kommission rechtzeitig ein diesbezüglich geändertes Mehrjahresprogramm vorgelegt.

1.2.5 Maßnahmen im Bereich der Überstellung von Flüchtlingen

Überstellungsprogramme zur Entlastung der Asylsysteme anderer Mitgliedstaaten sind derzeit in der Bundesrepublik Deutschland nicht geplant. Sollte es in der Zukunft und noch während der Förderperiode 2008 bis 2013 zu Überstellungsprogrammen kommen, wird der Kommission rechtzeitig ein diesbezüglich geändertes Mehrjahresprogramm vorgelegt.

Angaben über die öffentlichen Mittel, die für die Aufnahme, Asylverfahren und Integration seit dem Jahr 2001 aufgewendet werden

Aufwendungen nach dem AsylbLG/SGB XII** (Grundversorgung)

** (Mit dem Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27.12.2003 wurde das Bundessozialhilfegesetz in das Sozialgesetzbuch XII eingeordnet, welches am 01.01.2005 in Kraft trat).

Jahr	Ausgaben in Euro
2001	1.709.578.000
2002	1.584.665.000
2003	1.440.000.000
2004	1.310.000.000
2005	1.250.000.000
2006	1.170.000.000
2007	1.800.000.000

Zusätzlich haben über die letzten drei Jahre die aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds kofinanzierten Programme die folgenden öffentlichen Mittel für die Aufnahme, das Asylverfahren, die Integration und freiwillige Rückkehr der Zielgruppe des Fonds aufgewendet:

Jahr	Öffentliche Mittel in Euro
2004	11.007.698,58
2005	10.368.997,32
2006	9.166.942,54 (vorläufig)

Quelle : Abschlussbericht des jeweiligen Jahresprogramms. Öffentliche Mittel bestehen aus dem EFF-Beitrag und allen nationalen öffentlichen Zuwendungen.

2. Bedarfsanalyse im Mitgliedstaat

Der Bedarf im Mitgliedstaat in Bezug auf die Ausgangssituation

Asylsuchende sind, auch wenn sie als Flüchtlinge anerkannt werden, in der Regel im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen in einer schwierigen Ausgangssituation und haben spezifische Probleme. Sie kommen aus einem anderen Kulturkreis, beherrschen die Sprache des Aufnahmelandes oft gar nicht oder nur ungenügend, sind Fremde in einem fremden Umfeld, beruflich meist wenig qualifiziert, ohne realistische Aussicht auf einen Arbeitsplatz, mittellos. Es bestehen soziale, kulturelle und sprachliche Barrieren, die das Alltagsleben oder den Umgang mit Behörden erschweren. Aus dieser besonderen Situation ergeben sich im Einzelnen folgende Analyse der Defizite und operationelle Zielvorgabe zur Beseitigung dieser Defizite.

2.1.1. Aufnahme

Asylantragsteller (zur Definition der Zielgruppe vgl oben 1.2.1.) erhalten zunächst Leistungen nach dem AsylbLG. In diesen Leistungen sind nicht ausdrücklich vorgesehen, so dass diesbezüglich weiterer Bedarf besteht:

- Erstorientierung in der Bundesrepublik Deutschland (sozio-kultureller Erstkontakt) bei gleichzeitiger Qualifizierung für künftige Maßnahmen der Integration oder Reintegration ins Herkunftsland;
- sozialer Beistand;
- Unterstützung bei administrativen und gerichtlichen Schritten, einschließlich Rechtsberatung;
- gezielte Unterstützung besonders schutzbedürftiger Personen (unbegleitete Minderjährige; Opfer von Folter oder Gewalt; Personen, die eine besondere ärztliche Behandlung benötigen; sozial auffällige Jugendliche etc.).

Auf Grund längerer Aufenthaltszeiten in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften können diese Defizite zu einer Vielzahl von Konfliktpotenzialen nicht nur zwischen den Asylsuchenden untereinander, sondern auch zwischen ihnen und dem sie betreuenden Personal sowie dem Personal der für sie zuständigen Behörden und sonstigen Dritten führen. Als erster Schritt zur Lösung potenzieller Konflikte wird von einigen Trägern der freien Wohlfahrt zunächst die Vermittlung von einfachen deutschen Sprachkenntnissen angesehen, da nicht in jeder Lebenssituation ein Dolmetscher zur Verfügung steht bzw. stehen kann. Zudem sind Kenntnisse der deutschen Sprache vor allem im Hinblick auf den Beginn bzw. die Fortsetzung eines Schulbesuches bei Minderjährigen bzw. Jugendlichen erforderlich, um künftig Erfolg versprechende Integrationsmaßnahmen im Bundesgebiet bzw. Reintegrationsmaßnahmen im Herkunftsland zu gewährleisten.

Darüber hinaus werden zur Lösung der spezifischen Probleme im Aufnahmebereich Qualifizierungsmaßnahmen für das besonders belastete Betreuungspersonal notwendig. Diese Qualifizierungsmaßnahmen erfordern neben einer Basisqualifizierung eine ständige berufsbegleitende Fortbildung. Zur Zeit werden, auch angesichts zurückgehender Zugangszahlen, von staatlicher Seite keine neuen Stellen eingerichtet

werden, es ist eher das Gegenteil der Fall (Abbau). Die Möglichkeit, Hilfe zur Konfliktdeeskalation für Verwaltungen, Betreiber, Asylsuchende und Interessenvertretungen zu erhalten, sollte jedoch kontinuierlich sichergestellt werden. Deshalb ist eine berufsbegleitende, praxisorientierte Fortbildung für im Migrationsbereich Beschäftigte zu organisieren und zu fördern.

Neben der Aufenthaltsdauer in den Gemeinschaftsunterkünften können auch die individuellen Belastungen der Asylsuchenden zu potenziellen Konflikten in den Einrichtungen und zu steigenden Auffälligkeiten bzw. gesundheitlichen Störungen dieser Personen führen. Vorhandene gesundheitliche Störungen, etwa eine bestehende Posttraumatische Belastungsstörung, können die Probleme verschärfen. Deswegen bestehen in einigen Bundesländern Vorschläge zu einer migrationsspezifischen psychologischen bzw. sozialpsychologischen Betreuung:

- Prävention durch ambulant arbeitendes, psychologisch qualifiziertes Personal mit entsprechender Migrationserfahrung und Sprachkenntnissen;
- zeitweilige Unterbringung psychisch Kranker bzw. gefährdeter Asylsuchender in einer spezifisch darauf eingestellten Einrichtung;
- Nachsorge durch besonders qualifiziertes Personal nach Rückkehr in eine Gemeinschaftsunterkunft oder Wohnung.

In einigen Bundesländern liegen bereits positive Erfahrungen im Zusammenhang u.a. mit der Aufnahme der bosnischen und kosovarischen Bürgerkriegsflüchtlinge vor. Träger der Maßnahmen waren überwiegend Wohlfahrtsverbände.

Von Defiziten besonders betroffen waren in der Vergangenheit Ausländer, die bislang nur über ein temporäres Aufenthaltsrecht bzw. über eine Duldung (humanitäres „Bleiberecht“) verfügten. Die bisherige Regelung von humanitären „Bleiberechten“ hatte teilweise zu unbefriedigenden Ergebnissen geführt. Die betroffenen Ausländer wurden in einem aufenthaltsrechtlichen Schwebезustand belassen, unabhängig davon, ob sie die bestehenden Rückkehrhindernisse zu vertreten hatten oder nicht. In der Regel wurde in diesen Fällen eine Duldung (Aussetzung der Abschiebung) ausgesprochen. Bei der Duldung handelt es sich nicht um einen Aufenthaltstitel, so dass kein rechtmäßiger Aufenthalt begründet wird.

Diese Situation wurde ab dem 01.01.2005 durch das Zuwanderungsgesetz in mehreren Schritten, abschließend durch das Richtlinienumsetzungsgesetz vom 19.08.2007 bereinigt. Nach § 25 Abs. 5 AufenthG kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn die Ausreise des Ausländers aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich ist und mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Die Unmöglichkeit der Ausreise umfasst beispielsweise Fälle schwerer Erkrankungen oder Reiseunfähigkeit. Auch der unverschuldete Verlust des Reisepasses sowie fehlende Verkehrsverbindungen können die Rückkehr ins Heimatland unmöglich machen. Eine weitere Verbesserung erfahren solche Ausländer, die bisher über einen längeren Zeitraum sogenannte „Kettenduldungen“ erhielten: So soll künftig eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn die Abschiebung seit 18 Monaten ausgesetzt war.

Eine Aufenthaltserlaubnis wird jedoch dann nicht erteilt, wenn ein ausreisepflichtiger Ausländer aus eigenem Verschulden seine Ausreise verhindert hat. Dies ist beispielsweise der Fall bei Täuschung über seine Identität oder Nationalität oder bei Weigerung, an der Beschaffung von Heimreisedokumenten mitzuwirken. Im Hinblick auf die Aufenthaltserlaubnisse nach § 25 Abs. 5 AufenthG ist die bisher hohe Zahl der geduldeten Ausländer deutlich zurückgegangen.

Eine Duldung kann des Weiteren gem. § 60a Abs. 1 AufenthG durch Erlass der obersten Landesbehörden erteilt werden, wenn zwar eine Ausreisepflicht besteht, die Abschiebung aber aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen vorübergehend ausgesetzt wird. Im Einzelfall kann eine Ausländerbehörde auch eine Duldung nach § 60a Abs. 2 AufenthG erteilen, solange die Abschiebung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist, die vorübergehende Anwesenheit des Ausländers in einem Strafverfahren wegen eines Verbrechens notwendig ist oder wenn dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder erhebliche öffentliche Interessen seine vorübergehende weitere Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern.

Für Personen, die in der Bundesrepublik lediglich geduldet werden, erscheinen Orientierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen weiterhin sinnvoll, um sowohl für den Fall einer Verfestigung des Aufenthaltes oder einer Option auf eine Aufenthaltserlaubnis im Rahmen der sog. Altfallregelung gemäß § 104a AufenthG (zur diesbezüglichen Abgrenzung der Zielgruppen des Flüchtlingsfonds vom Integrationsfonds s.u. Ziff. 4) die künftige Integration in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland als auch für den Fall einer Rückkehr eine Reintegration im Herkunftsland zu ermöglichen. Darüber hinaus wird dem betroffenen Personenkreis nach erfolgreichem Abschluss der Orientierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen die Unabhängigkeit von staatlichen Sozialhilfeleistungen erleichtert.

Ein besonderes Augenmerk gilt solchen Asylbewerbern, die als Opfer von Folter oder Gewalt an traumatischen Folgeerkrankungen leiden. Insofern besteht ein zusätzlicher Bedarf an einer gezielten und nachhaltigen psychotherapeutischen Behandlung und Betreuung.

2.1.2. Integration

Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention sowie subsidiär Schutzberechtigte (vgl. Definition der Zielgruppe oben 1.2.2.) haben Integrationsbedarf in nahezu allen Handlungsfeldern der Integration (vgl. Ausführungen zu 1.2.2).

Die Schaffung eines einheitlichen Standards für Integrationsleistungen zugunsten aller in Deutschland aufhältigen Personen mit Migrationshintergrund wird auf Grund der unterschiedlichen sozio-kulturellen Herkunft, ihres unterschiedlichen Bildungsstandes und ihrer eventuell besonderen Schutzbedürftigkeit (z.B. bei Traumatisierung) erschwert. Deshalb sollten bei integrativen Leistungen dauerhaft bleiberechtigt Personen vorintegrativ wirkende Maßnahmen aus dem Aufnahmebereich verstärkt und intensiviert werden, soweit diese eine Teilnahme am Erwerbsleben ermöglichen können (s.o.).

Bedarf besteht hinsichtlich solcher Maßnahmen, die den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern und den Spracherwerb unterstützen; dadurch werden nicht nur Integrationsvoraussetzungen geschaffen, sondern auch die Integrationsbereitschaft geweckt.

Daher sollten bereits im Vorfeld des Integrationskurses nach dem Vorbild der bundesgeförderten Kurse für Migrantinnen (Frauenkurse) über niederschwellige Integrationsmaßnahmen sowie über Mentoren- und Lotsenprogramme verstärkt Zielgruppen angesprochen werden, die mit dem Erstförderangebot des Bundes - bestehend aus Integrationskurs und Migrationsberatung - bislang nicht oder nur unzureichend erreicht wurden.

Integration durch sprachliche Bildung

Für einen erfolgreichen Integrationsprozess, insbesondere mit Blick auf die Zielstellungen „selbständiges Handeln in der Aufnahmegesellschaft“ und „Eingliederung in den Arbeitsmarkt“ - bedarf es einer kontinuierlichen Sprachförderung. Diese sollte unter Berücksichtigung spezifischer Betreuungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen, z.B. Frauen, Mädchen oder Jugendliche, angeboten werden.

Integration durch Bildung

In Deutschland aufgenommene Ausländer müssen neben dem Bedarf an kontinuierlicher Sprachförderung in alle Bildungsbereiche von der Schule bis zur Berufsausbildung verstärkt integriert werden. Hierzu bestehende Förderangebote müssen ihnen verstärkt offen stehen. Entscheidend für den Erfolg einer solchen Förderung ist auch die Beratung der Zielgruppe zu allen Fragen des Bildungssystems und der Berufswahl in Deutschland. Neben der Aufklärung über bestehende Angebote ist eine solche Beratung, etwa durch eine muttersprachliche Begleitung, geeignet, Barrieren bei der Kommunikation zwischen Eltern und Bildungseinrichtungen abzubauen. Das soziale und kulturelle Umfeld muss hierbei berücksichtigt werden.

Integration durch Teilhabe am Arbeitsmarkt

Hauptursache für die mangelnde Arbeitsmarktintegration von in Deutschland aufgenommenen Ausländern sind einerseits durchschnittlich geringere Berufs- und Bildungsabschlüsse der Zielgruppe, andererseits aber auch die Schwierigkeiten bei der Anerkennung bereits vorhandener Abschlüsse aus dem Herkunftsland. Es besteht Bedarf zur durchgängigen arbeitsmarktorientierten Eingliederungsförderung an den Schnittstellen Schule/Berufsschule und Ausbildung/Beruf. Hier sind aufeinander abgestimmte, bedarfs- und zielgruppenorientierte Maßnahmen für ein erfolgreiches Übergangsmanagement zwischen den einzelnen Bildungsphasen von der Schule über die Ausbildung bis zum Eintritt ins reguläre Erwerbsleben erforderlich. Auch hierbei ist die Einbeziehung des kulturellen und sozialen Umfeldes erforderlich.

Im Bereich der beruflichen Weiterbildung bedarf es innovativer zielgruppenspezifischer Maßnahmen, um Zuwanderern den Zugang zu entsprechenden Angeboten zu erleichtern:

- berufsbezogene Sprachförderung,

- Berufsvorbereitung und –orientierung, auch Bewerbungstrainings etc. (vor allem für die Zielgruppe Jugendliche),
- zielgruppenspezifische Beratung über das Bildungs- und Ausbildungssystem sowie den Arbeitsmarkt in Deutschland,
- Beratung, Nachqualifizierung und Prüfungsvorbereitung im Rahmen der Anerkennung von Berufsabschlüssen,
- berufliche Qualifizierung in Betrieben bzw. zum nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses,
- Vorbereitung auf die Existenzgründung.

Projekte sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sollten insgesamt stärker an den tatsächlichen Potenzialen der Zuwanderer ausgerichtet sein.

Parallel müssen Beratungsangebote für potentielle Arbeitgeber geschaffen werden, die über den rechtlichen Status der Flüchtlinge und die Möglichkeiten der Anerkennung vorhandener Abschlüsse informieren.

Integration durch gesellschaftliche Teilhabe:

Gesellschaftliche Teilhabe setzt Kenntnis über konkrete Partizipationsmöglichkeiten sowie Identifikation mit dem Wohnumfeld und der Aufnahmegesellschaft insgesamt voraus. Alle in Deutschland aufgenommenen Zuwanderer bedürfen der Information zu zielgruppenspezifischen Integrationsangeboten und Weiterbildungsmöglichkeiten, darüber hinaus aber auch der Möglichkeit, sich selber dabei einzubringen. Zur Förderung der Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft sowie der gesellschaftlichen Teilhabe benötigen sie die aktive und passive Teilnahme an Integrationsmaßnahmen, z.B.:

- Informationsveranstaltungen zu gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort,
- Teilnahme an Projekten zur Förderung der Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft und zur Übernahme von Verantwortung bei der Gestaltung des Wohnumfeldes,
- Förderung des Ehrenamts der Zuwanderer,
- Teilnahme an Maßnahmen mit der Aufnahmegesellschaft.

Das freiwillige Engagement von Bürgern prägt in erheblichem Maße das soziale Klima im Umfeld von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Die Ehrenamtlichen sind durch Schulungen zu unterstützen und umfassend auf ihre Tätigkeit vorzubereiten. Ein Bestandteil dieser Schulungen sollte auch die Erweiterung der interkulturellen Kompetenzen sein.

Besondere Bedürfnisse traumatisierter Personen

Ein besonderes Augenmerk gilt solchen Asylbewerbern und anerkannten Flüchtlingen, die als Opfer von Folter oder Gewalt an traumatischen Folgeerkrankungen leiden. Insofern besteht ein Bedarf an einer gezielten und nachhaltigen psychotherapeutischen Behandlung und Betreuung.

2.1.3 Strukturverbesserungen in Asylpolitik/ Asylverwaltung/ Asylrechtsprechung

Herkunftsländerdokumentation

Der Bedarf betreffend Verbesserung, Fortentwicklung, Überwachung und Bewertung der Asylpolitik, des Asylverfahrens und der Asyl-Entscheidungspraxis (Art. 3 Abs. 1 c) und Art. 4 Abs. 4 der Entscheidung des Rates 2007/435/EG) ist im Hinblick auf das gut entwickelte Asylsystem in der Bundesrepublik Deutschland vergleichsweise gering. Mit dem Informationszentrum Asyl und Migration (IZAM) verfügt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über eine ausgereifte Datenbank mit umfassenden und nahezu lückenlosen Informationen zu allen Herkunftsländern (s. oben 1.2.2.). Die Herkunftsländerdokumentation wird rasch eventuell veränderten politischen Verhältnissen angepasst. Ein zusätzlicher Bedarf könnte sich in einer beschleunigten Aktualisierung der Informationen betreffend solcher Herkunftsregionen ergeben, über die solche Informationen nur erschwert erhältlich sind und aus denen nur eine geringe Zahl von Flüchtlingen in die Europäische Gemeinschaft gelangt.

Ein gewisser Bedarf an Fördermaßnahmen besteht hinsichtlich der Qualifizierung von Mitarbeitern sowohl bei Behörden als auch Nichtregierungsorganisationen.

Im europäischen Kontext bieten sich Fördermaßnahmen insofern an, als die Bundesrepublik Deutschland durch Wissensaustausch mit den Behörden anderer Mitgliedstaaten die praktische Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft unterstützen kann.

Rechtsdokumentation

Auch die im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingerichtete umfassende Rechtsdokumentation begründet keinen nennenswerten Bedarf für diesbezügliche zusätzliche Fördermaßnahmen. Die Qualität und Einheitlichkeit der Entscheidungspraxis in der Bundesrepublik Deutschland wird im Verwaltungsverfahren durch das Bundesamt sichergestellt und im verwaltungsgerichtlichen Verfahren durch drei Instanzen gewährleistet: die Ebene der Verwaltungsgerichte, der Oberverwaltungsgerichte und an der Spitze das Bundesverwaltungsgericht. Weicht eine behördliche oder gerichtliche Entscheidung von der Rechtsprechung eines übergeordneten Gerichts ab, ist allein dadurch eine Klagemöglichkeit bzw. der Rechtsweg in die höhere Instanz eröffnet.

Ein gewisser Bedarf an Fördermaßnahmen besteht hinsichtlich der Qualifizierung von Mitarbeitern sowohl bei Behörden als auch Nichtregierungsorganisationen.

Fördermaßnahmen bieten sich auch insofern an, als die Bundesrepublik Deutschland in einem diesbezüglichen Wissensaustausch mit anderen Mitgliedstaaten die praktische Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft unterstützen kann.

Statistik

Der Förderbedarf im Bereich Statistik ist eher gering. Auch diesbezüglich verfügt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über ausreichende Ressourcen.

Evaluierung

Demgegenüber besteht jedoch nennenswerter Bedarf insbesondere im Bereich des Art. 4 Abs. 4 d) der Entscheidung des Rates 2007/435/EG: die Erarbeitung von Indikatoren und Benchmarking betreffend Erfolg und Misserfolg nationaler, regionaler und lokaler Flüchtlingsprojekte und Flüchtlingsprogramme. Bedarf besteht ebenso, was die Evaluierung der nationalen Asylpolitik angeht, ebenso die Evaluierung nationaler Flüchtlingsprogramme und –projekte.

2.1.4 Maßnahmen in den Bereichen Neuansiedlung und Überstellung

Für Maßnahmen in diesen Bereichen gilt das unter 1.2.4 und 1.2.5 Gesagte.

Die konkreten Ziele des Mitgliedstaates zur Bedarfsdeckung

Es werden die folgenden konkreten Ziele zur Bedarfsdeckung angestrebt:

2.2.1 Aufnahme

- Aufbau und Stützung einer verbesserten Beratungsstruktur für Asylbewerber,
- Aufbau und Stützung einer verbesserten sozialen Betreuungsstruktur für Asylbewerber,
- Aufbau und Stützung einer verbesserten Struktur für die Begleitung von Asylbewerbern,
- Aufbau und Stützung einer verbesserten Struktur für die Therapierung traumatisierter Asylbewerber einschließlich der Entwicklung eines neuen, verbesserten Therapieansatzes,
- Aufbau und Stützung einer verbesserten Struktur zur Unterstützung von Frauen, Kindern und Jugendlichen,
- Aufbau und Stützung einer verbesserten Struktur zur Unterstützung unbegleiteter minderjähriger Ausländer.

2.2.2 Integration

Ziel der Integrationsmaßnahmen für anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte ist insbesondere die Förderung der wirtschaftlichen Selbstverantwortung. Dies soll erreicht werden durch Verbesserungen in den Bereichen:

Integration durch sprachliche Bildung

Eine Verzahnung des Integrationskurses, den auch der hier betroffene Personenkreis besuchen kann, mit ergänzenden Maßnahmen ermöglicht einen bruchlosen Übergang von der Erstförderung in eine erweiterte Sprachförderung, die zusätzlich Elemente anderer Handlungsfelder – etwa Maßnahmen zur beruflichen oder gesell-

schaftlichen Orientierung - enthalten kann. In der Praxis gibt es bereits zahlreiche erfolgreiche Beispiele solcher Verbundprojekte, in deren Rahmen der Integrationskurs mit Maßnahmen aus den Bereichen SGB II, SGB III und ESF verknüpft wird. Vielerorts scheitern jedoch ambitionierte Verbundvorhaben daran, dass die notwendigen Mittel für die ergänzenden Maßnahmen nicht zur Verfügung stehen.

Integration durch Bildung

Dazu gehören Informationen über Stellenwert und Bedeutung der (vor-) schulischen und beruflichen Bildung in Deutschland, über Aufgaben und Verantwortung von Familie/Eltern und Schule. Diese müssen den betroffenen Personenkreisen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Feststellung der Flüchtlingseigenschaft zur Verfügung stehen und von den Trägern der Bildungseinrichtungen den Bedürfnissen der Migranten entsprechend umgesetzt werden.

Integration durch Teilhabe am Arbeitsmarkt

Über eine Zusammenarbeit mit örtlichen Integrationsnetzwerken und Migranten-selbstorganisationen besteht die Möglichkeit, die interkulturellen Kompetenzen in Schulen und Betrieben zu stärken. Auf diesem Wege können eine verbesserte Ansprache von Migranten erreicht, ihre zielgruppenspezifischen Bedarfe besser gedeckt und auf Misserfolgserlebnisse im Berufsleben besser eingegangen werden. Verbundprojekte sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sollten insgesamt stärker an den tatsächlichen Potenzialen der Zuwanderer ausgerichtet sein und weniger an den vermeintlichen Defiziten im Bereichen der formalen Qualifikation. Beispielsweise können länderspezifische, sprachliche und interkulturelle Kenntnisse genutzt werden, um gezielt entsprechende Bedarfe an Fachkräften in der Wirtschaft zu decken.

Insgesamt bedarf es des Aufbaus flächendeckender Strukturen zum Transfer in der Praxis erfolgreicher Ansätze und Konzepte zur beruflichen Eingliederung von Personen mit Migrationshintergrund.

Integration durch gesellschaftliche Teilhabe

Das Konzept der Projektförderung zur sozialen und gesellschaftlichen Integration verfolgt folgende Ziele:

- Akzeptanzsteigerung von einheimischer Bevölkerung und Zuwanderern,
- Aktivierung und Verfestigung des Selbstbewusstseins sowie Stärkung von Persönlichkeit und Kompetenz,
- Heranführung an örtliche Einrichtungen und Angebote,
- Weiterentwicklung der Integrationsinstrumente durch Modellprojekte,
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements,
- Stärkung der interkulturellen Kompetenz und
- Stärkung mitgebrachter Kompetenzen (ressourcenorientierter Ansatz).

Diese Ziele müssen auch an den spezifischen Bedürfnissen spezieller Zielgruppen (Frauen, Mädchen, Jugendliche, ältere Migranten; Traumatisierte) orientieren. Die Maßnahmen in allen Handlungsfeldern der Integration sollten durch Beratungsangebote flankiert werden. Zur Erreichung des Ziels sollte die Aufnahmegesellschaft eingebunden werden.

2.2.3 Strukturverbesserungen im Asylverfahren/ Asylrechtsprechung

- Weitere Anstrengungen zur Qualitätssicherung und Fortbildung der Mitarbeiter im Bereich des Asylverfahrens;
- Aufbau und Stützung von Strukturen zur Evaluierung des Zuwanderungs- und Richtlinienumsetzungsgesetzes;
- Evaluierung der nationalen Asylpolitik.

2.2.4 Neuansiedlung und Überstellung

Hier gilt das unter 1.2.4 und 1.2.5 Gesagte. Hinsichtlich Überstellungen kommen allenfalls Einzelfälle im Rahmen der Anwendung der Verordnung 343/2003/EG des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist (Dublin-Verordnung) oder auch sonstige Einzelfälle von Familienzusammenführungen in Betracht.

3. Strategie zur Erreichung der Ziele

Alle nachstehend aufgeführten Prioritäten und Leitaktionen zielen ausschließlich auf die in der Gesetzgebung des Europäischen Flüchtlingsfonds vorgegebenen Zielgruppen. Ebenfalls beziehen sich alle Indikatoren und Zielsetzungen auf diese Zielgruppen.

Im Teil b) unter jeder Priorität sind alle quantifizierten Zielsetzungen indikativ.

Beschreibung der Art und Weise, in der der Fonds zur Deckung des Bedarfs beiträgt, sowie Darlegung, welche Prioritäten aus welchem Grund gewählt wurden.

Im Verhältnis zu den oben unter 1.2.5. genannten gesetzlich geregelten Ausgaben der Bundesrepublik Deutschland stellt die Förderung aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds eine wichtige Ergänzung dazu dar: Die Fördergelder aus dem Flüchtlingsfonds werden punktuell so eingesetzt, dass sie in möglichst effektiver Weise den staatlicherseits garantierten (Mindest-)Lebensstandard der Flüchtlinge und Vertriebenen in bestimmten, noch verbesserungsbedürftigen Bereichen erhöhen und insofern einen Mehrwert zum aktuellen „Status quo“ darstellen.

Weiterhin dienen die EU-Fördermittel dazu, eine möglichst flächendeckende Beratungs- und Betreuungsstruktur aus einer Vielzahl von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen (Gemeinden, Kreise, Vereine, Wohlfahrtsverbände, religiöse Vereinigungen, freie Träger, usw.), die im Bereich der Aufnahme von Asylbewerbern und der Integration schutzberechtigter Personen tätig sind, aufzubauen und zu unterstützen. Jährlich erreicht diese vielfältige Struktur direkt ca. 100.000 Begünstigte (Quelle: Abschlussbericht des 2005 EFF-Programms, Ergebnisse Aufnahme/Integration, ohne freiwillige Rückkehr) und leistet somit einen wirkungsvollen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele des Europäischen Flüchtlingsfonds.

Zu diesem Zweck wurden die Prioritäten 1 und 2 gewählt:

Die Wahl der Priorität 1) „Anwendung der asylrechtlichen Grundsätze und Maßnahmen der Gemeinschaft auch in Bezug auf die Integrationsziele“ folgt der Verpflichtung zu ihrer Aufnahme gemäß Entscheidung der Kommission Nr. 2007/815/EG. Dort, wo Bedarf besteht, sollen die Aufnahmebedingungen für Asylbewerber im Einklang mit der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 verbessert und die Integration von anerkannten Flüchtlingen durch Teilhabe an den Werten der Grundrechtscharta der Europäischen Union gefördert werden.

Die Wahl der Priorität 2: „Entwicklung von Vergleichsgrößen und Bewertungsmethoden zur Beurteilung und Verbesserung der Qualität der Verfahren zur Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz und Unterstützung der Verwaltung in der Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten“ folgt ebenfalls der Verpflichtung zu ihrer Aufnahme gemäß Entscheidung der Kommission Nr. 2007/815/EG. Sie dient dem Erfordernis einer aktualisierten Beurteilung der Qualität der Asylverfahren in der Bundesrepublik Deutschland und deren Verbesserung dort, wo Defizite festgestellt werden.

3.1. Priorität 1: „Anwendung der asylrechtlichen Grundsätze und Maßnahmen der Gemeinschaft auch in Bezug auf die Integrationsziele“

Betreffend Priorität 1 der strategischen Leitlinien der Kommission werden durch den Fonds folgende Strategien verfolgt, um den beschriebenen Bedarf in der Bundesrepublik Deutschland zu decken:

a) Die Ziele der Strategie und Beispiele von Maßnahmen von entscheidender Bedeutung:

3.1.1. Verbesserung der Aufnahmebedingungen:

Zum Aufbau einer verbesserten Beratungs- und Betreuungsstruktur für Flüchtlinge allgemein sollen u.a.folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- Qualifizierung von ehrenamtlichen Mitarbeitern zur Unterstützung der hauptamtlichen Mitarbeiter,
- Erstorientierung des Asylbewerbers in der Bundesrepublik Deutschland (sozio-kultureller Erstkontakt) bei gleichzeitiger Qualifizierung für künftige Maßnahmen der Integration oder Reintegration ins Herkunftsland;
- Gezielte Unterstützung besonders schutzbedürftiger Personen durch spezifische sozialpädagogische Betreuung
- Sozialer Beistand im Übrigen durch sozialpädagogische Begleitung
- Vermittlung von einfachen deutschen Sprachkenntnissen zur Konfliktlösung.

Zum Aufbau einer verbesserten Beratungs- und Betreuungsstruktur für unbegleitete Minderjährige, alleinstehende Frauen und Kinder bzw. Jugendliche sollen u.a.folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- Vermittlung von Kenntnissen der deutschen Sprache im Hinblick auf den Beginn bzw. die Fortsetzung eines Schulbesuches bei Kindern bzw. Jugendlichen
- sonstige Maßnahmen zum größtmöglichen Wohlergehen des Kindes
- Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich einer Basisqualifizierung sowie einer ständigen berufsbegleitenden Fortbildung bei Jugendlichen
- Intensivere, interessengerechte Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen im sozialen Bereich, in der Schule und Berufsausbildung

Zur Verbesserung der therapeutischen Betreuung von kranken und traumatisierten Flüchtlingen sollen u.a.folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- migrationsspezifische psychologische bzw. sozialpsychologische Betreuung, um post-traumatischen Störungen entgegen zu wirken
- Gesundheitsunterstützende Maßnahmen
- Prävention durch ambulant arbeitendes, psychologisch qualifiziertes Personal mit entsprechender Migrationserfahrung und Sprachkenntnissen
- zeitweilige Unterbringung psychisch Kranker bzw. gefährdeter Personen in einer spezifisch auf sie eingestellten Einrichtung
- Nachsorge durch qualifiziertes Personal nach Rückkehr in eine Gemeinschaftsunterkunft oder Wohnung.

3.1.2. Verbesserung der Integrationsbedingungen:

Zur Verbesserung der sprachlichen Bildung von anerkannten Flüchtlingen und subsidiär Geschützten sollen u.a.folgende zielgruppenorientierte Maßnahmen durchgeführt werden:

- Ergänzendes Sprachunterricht, sofern das gesetzliche Angebot von Sprachunterricht nicht ausreichend ist;
- Vermittlung von ergänzenden Kenntnissen der deutschen Sprache im Hinblick auf den Beginn bzw. die Fortsetzung eines Schulbesuches bei Kindern bzw. Jugendlichen.

Zur Verbesserung des Bildungsangebotes in Schule und Beruf sollen u.a.folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- Ergänzende Bildungsmaßnahmen zusätzlich zum Unterrichtsangebot der allgemeinbildenden Schulen;
- Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich einer Basisqualifizierung sowie einer ständigen berufsbegleitenden Fortbildung.

Zur Verbesserung der sozialen Integration sollen u.a. folgende Maßnahmen der gesellschaftlichen Teilhabe durchgeführt werden:

- Qualifizierung von ehrenamtlichen Mitarbeitern mit interkultureller Kompetenz als Mittler zwischen Migranten und hauptamtlichen Mitarbeitern,
- sozialer Beistand,
- sonstige Maßnahmen zum größtmöglichen Wohlergehen des Kindes,
- Angleichung der interkulturellen Kompetenz an die Gegebenheiten in dem Aufnahmeland unter Berücksichtigung der sozio-kulturellen Herkunft der Asylbewerber,
- Berücksichtigung der besonderen Schutzbedürftigkeit (z.B. bei Traumatisierung),
- verstärkte Förderung der vorintegrativen Maßnahmen aus dem Aufnahmebereich zur Vorbereitung und Beschleunigung der Integration,
- Förderung der Integrationsbereitschaft der anerkannten Flüchtlinge und subsidiär Geschützten,
- verstärkte Öffnung von Vereinen, insbesondere Sportvereinen, für anerkannte Flüchtlinge sowie subsidiär Geschützte und deren Kinder.

3.1.3. Entwicklung von Indikatoren und Evaluierungsmethoden für Projekte und Programme

Von besonderer Bedeutung für die Evaluierung der Projektarbeit auf nationaler Ebene ist die Entwicklung von Indikatoren, anhand derer Erfolg und Misserfolg von Projekten und Programmen gemessen werden können. In diesem Bereich sind Projektmaßnahmen geplant, die Aspekte der Qualitätssicherung und des Qualitätsmanagements zum Inhalt haben

In diesem Handlungsfeld wird die Zielstellung verfolgt, Monitoring und Evaluierung von Projekten und Programmen als feste Bestandteile der Qualitätssicherung zu etablieren und im Förderzeitraum bundesweit ein modulares Indikatorenset zu entwickeln und anzuwenden.

Der Etablierung entsprechender Systeme dient eine verstärkte Evaluierung bereits laufender Flüchtlingshilfemaßnahmen.

Von strategischer Bedeutung ist dabei

- die Entwicklung standardisierter und indikatorengestützter Bewertungssysteme sowie
- der verstärkte Einsatz von Evaluations- und Monitoringinstrumenten zur Bewertung von Aufnahme- und Integrationsmaßnahmen

Die Indikatoren und Evaluierungsmethoden sollen unter anderem dem Monitoring und der Evaluierung der aus dem EFF kofinanzierten Projekte und Programme dienen.

b) Beschreibung der betroffenen Zielsetzungen und der benutzten Indikatoren

Leitaktionen	Zielsetzung	Indikatoren (Output, Outcome, Impact)
<u>Aufnahme</u>	<u>Jetzige Situation</u> In den Förderjahren 2005 und 2006 erreichten jährlich die aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds kofinanzierten Maßnahmen Aufnahme und Integration direkt insgesamt ca.100.000 Begünstigte.	<u>Output</u> Anzahl und Typen der Projekte Teilnehmerzahl und -kategorien
Verbesserte Beratungs- und Betreuungsstruktur für Flüchtlinge allgemein	<u>Zielsetzung über den Förderzeitraum 2007-2013 (insgesamt)</u> Für den Förderzeitraum von 2008 bis 2013 wird erwartet, dass die jährliche Zahl der direkt Begünstigten der aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds kofinanzierten Maßnahmen Aufnahme und Integration auf ungefähr dem gleichen Niveau bleibt wie im vorigen Förderzeitraum.	<u>Outcome</u> Verbesserte Beratungs- und Betreuungsstruktur für Flüchtlinge
Verbesserte Beratungs- und Betreuungsstruktur für unbegleitete Minderjährige, alleinstehende Frauen und Kinder bzw. Jugendliche	Im Rahmen des Monitorings wird jährlich zusätzlich zur Erfassung der Ergebnisse jedes kofinanzierten Projekts eine themenbezogene, strukturierte Zusammenfassung der Ergebnisse (geplant - erzielt) der aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds kofinanzierten Projekte im Maßnahmenbereich Aufnahme erstellt.	Verbesserte Beratungs- und Betreuungsstruktur für besonders schutzbedürftige Personen
Verbesserung der therapeutischen Betreuung von kranken und traumatisierten Flüchtlingen	Es wird im Maßnahmenbereich Aufnahme jährlich mit zuerst mindestens 100 bis 120 und danach ansteigend bis ca.150 geförderten Projekten im Jahr 2013 gerechnet.	Verbesserte therapeutische Betreuung von kranken und traumatisierten Flüchtlingen
		<u>Impact</u> Verbesserung der Aufnahme von Asylbewerbern.

Leitaktionen	Zielsetzung	Indikatoren (Output, Outcome, Impact)
<p><u>Integration</u></p> <p>Verbesserung der sprachlichen Bildung von anerkannten Flüchtlingen</p> <p>Verbesserung des Bildungsangebotes in Schule und Beruf</p> <p>Verbesserung der sozialen Integration – gemeinschaftliche Teilhabe</p>	<p><u>Jetzige Situation</u></p> <p>In den Förderjahren 2005 und 2006 erreichten jährlich die aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds kofinanzierten Maßnahmen Aufnahme und Integration direkt insgesamt ca.100.000 Begünstigte.</p> <p><u>Zielsetzung über den Förderzeitraum 2007-2013 (insgesamt):</u></p> <p>Für den Förderzeitraum 2008 bis 2013 wird erwartet, dass die jährliche Zahl der direkt Begünstigten der aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds kofinanzierten Maßnahmen Aufnahme und Integration auf ungefähr dem gleichen Niveau bleibt wie im vorigen Förderzeitraum.</p> <p>Im Rahmen des Monitorings wird jährlich zusätzlich zur Erfassung der Ergebnisse jedes kofinanzierten Projekts eine themenbezogene, strukturierte Zusammenfassung über die Ergebnisse (geplant-erzielt) der aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds kofinanzierten Projekte im Maßnahmenbereich Integration erstellt.</p> <p>Es wird im Maßnahmenbereich Integration jährlich mit zuerst mindestens 70 bis 80 und danach ansteigend bis 100/150 geförderten Projekten im Jahr 2013 gerechnet.</p>	<p><u>Output</u> Anzahl und Typen der Projekte Teilnehmerzahl und -kategorien</p> <p><u>Outcome</u></p> <p>Verbesserung der Sprachkenntnis- se von anerkannten Flüchtlingen und subsidiär Geschützten.</p> <p>Erhöhung der Bildungsbeteiligung anerkannter Flüchtlinge und subsi- diär Geschützter. Erhöhung der Zahl von Bildungsab- schlüssen und des Bildungsniveaus anerkannter Flüchtlinge und subsi- diär Geschützter.</p> <p>Verbesserung der sozialen Integra- tion anerkannter Flüchtlinge und subsidiär Geschützter</p> <p><u>Impact</u> Schaffung einer besseren Startposi- tion. Erleichterung der Integration von anerkannten Flüchtlingen und sub- sidiär Geschützten.</p>

Leitaktionen	<u>Zielsetzung</u>	<u>Indikatoren</u> (Output, Outcome, Impact)
<p>Entwicklung von Indikatoren und Evaluierungsmethoden für Projekte, Maßnahmen und Programme</p>	<p><u>Jetzige Situation:</u></p> <p>Derzeit werden nicht alle Projekte, Maßnahmen und Programme systematisch evaluiert.</p> <p><u>Zielsetzung über den Förderzeitraum 2007-2013 (insgesamt):</u></p> <p>Alle aus dem EFF finanzierten Projekte und Maßnahmen der Priorität können systematisch evaluiert werden.</p> <p>Effiziente, aufschlussreiche Evaluierung aller Projekte und Maßnahmen der Priorität</p> <p>Erfassung der jetzigen Situation und Ergebnisse für alle Zielsetzungen der Priorität.</p>	<p><u>Output</u></p> <p>Anzahl und Typen der Projekte</p> <p><u>Outcome</u></p> <p>Bereitstellung effizienter, standardisierter Monitorings- und Evaluierungsmethoden für alle Maßnahmen und Projekte der Priorität.</p> <p>Monitoring und Evaluierung aller Maßnahmen und Projekte der Priorität</p> <p><u>Impact</u></p> <p>Verbesserung des Managements von Projekten und Programmen.</p> <p>Erhöhung des Wissensstandes über Aufnahmedingungen und grundlegende Integrationsprozesse und –mechanismen.</p>

c) Leitaktionen, die der Umsetzung spezifischer Prioritäten dienen:

Als spezifische Priorität wird gefördert die gezielte Unterstützung besonders schutzbedürftiger Personen (unbegleitete Minderjährige; Opfer von Folter oder Gewalt; Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern, Personen, die eine besondere ärztliche Behandlung benötigen; sozial auffällige Jugendliche etc.) (Spezifische Priorität 1 unter Priorität 1)

In den Jahresprogrammen wird die Kommission anhand der vorliegenden Begründung prüfen, ob die betroffenen Maßnahmen jeweils eine spezifische Priorität umsetzen. Ohne ausreichende Begründung wird die Umsetzung einer spezifischen Priorität nicht akzeptiert.

Priorität 2 „Entwicklung von Vergleichsgrößen und Bewertungsmethoden zur Beurteilung und Verbesserung der Qualität der Verfahren zur Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz und zur Unterstützung der Verwaltung in ihren Bemühungen, den Herausforderungen gerecht zu werden, die mit einer intensiveren praktischen Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten verbunden sind“

Betreffend Priorität 2 der strategischen Leitlinien der Kommission werden durch den Fonds folgende Strategien verfolgt, um den beschriebenen Bedarf in der Bundesrepublik Deutschland zu decken:

a) Die Ziele der Strategie und Beispiele von Maßnahmen von entscheidender Bedeutung:

3.2.1 Herkunftsländerdokumentation, Rechtsdokumentation und Statistik

Auf Grund der oben beschriebenen Ausstattung der Bundesrepublik Deutschland mit einem umfassenden System zur Herkunftsländerdokumentation mit Rechtsprechungsdatenbanken und zur Erhebung statistischer Daten ist Priorität 2 nur teilweise für eine Förderung durch den Europäischen Flüchtlingsfonds von Bedeutung.

Zur weiteren Verbesserung der Informationsgewinnung und -bereitstellung können zusätzliche externe Informationsquellen ermittelt und ggf. erschlossen werden.

3.2.2 Fortbildung der Mitarbeiter im Bereich Asylverfahren/Asylrechtsprechung

Fortbildungsmaßnahmen werden von den betroffenen Behörden bereits in erheblichem Umfang vorgenommen.

Zur weiteren Verbesserung der Fortbildung kann darüber hinaus auch der Einsatz externer Experten ausgeweitet werden. Der weitergehende Bedarf an Fortbildungs-

maßnahmen könnte durch ein zusätzliches Angebot von Informationsveranstaltungen, Workshops und Informationsmaterial gedeckt werden.

3.2.3. Evaluierung von Flüchtlingspolitik

Zur weiteren Verbesserung des Asylsystems sollen vorwiegend unabhängige Einrichtungen – dies können wissenschaftliche Institute oder sonstige mit Evaluierungen vertraute Einrichtungen sein – die staatliche Asyl- und Flüchtlingspolitik evaluieren. Darunter fallen:

- Analyse der Entscheidungs- und Rechtsprechungspraxis im Asylbereich
- Analyse der rechtlichen und sozialen/wirtschaftlichen Bedingungen für Flüchtlinge und Vertriebene (zum Beispiel für Asylbewerber in Aufnahmeeinrichtungen)

b) Beschreibung der betroffenen Zielsetzungen und der benutzten Indikatoren

Leitaktion	Zielsetzung	Indikatoren (Output, Outcome, Impact)
Evaluierung von Flüchtlingspolitik	<p><u>Jetzige Situation :</u></p> <p>Eine umfassende Evaluierung der Flüchtlingspolitik, die alle Bereiche Asylverfahren, Asylverwaltung, Asylentscheidungspraxis sowie die Rechtsstellung der Flüchtlinge umfasste, fand letztmalig 2004 statt.</p> <p><u>Zielsetzung über den Förderzeitraum 2007-2013 (insgesamt):</u></p> <p>Monitoring und Evaluierung als feste Bestandteile der Asylpolitik etablieren.</p> <p>Im Förderzeitraum Evaluierung von Asylverfahren, Asylverwaltung, Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Asylgerichte, des gesetzlich garantierten rechtlichen/wirtschaftlichen/sozialen Mindeststandard der Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlinge</p>	<p><u>Output</u> Zahl und Typen der Projekte</p> <p><u>Outcome</u> Bereitstellung standardisierter, effizienter Evaluierungsmethoden für die Asylpolitik und das Asylverfahren</p> <p>Monitoring und Evaluierung der Asylpolitik und -verfahren</p> <p><u>Impact</u> Verbesserung des Asylverfahrens</p>

c) Leitaktionen, die der Umsetzung spezifischer Prioritäten dienen:

Bei jeder der Leitaktionen unter dieser Priorität kann eventuell eine der spezifischen Prioritäten unter Priorität 2 betroffen sein.

In den Jahresprogrammen wird die Kommission anhand der vorliegenden Begründung prüfen, ob die betroffenen Maßnahmen jeweils eine spezifische Priorität umsetzen. Ohne ausreichende Begründung wird die Umsetzung einer spezifischen Priorität nicht akzeptiert.

4. VEREINBARKEIT MIT ANDEREN INSTRUMENTARIEN

Priorität 1

Um die Vereinbarkeit mit anderen regionalen und nationalen Instrumentarien in Deutschland zu gewährleisten, führt die NZV regelmäßige Gespräche mit den Bundesländern und den Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege und der Flüchtlingshilfe durch, bei denen die unterschiedlichen Strategien aufeinander abgestimmt und angepasst werden. Daneben erfolgt eine Abstimmung mit und innerhalb der Partner vor Ort. Insoweit wird aktiv dafür Sorge getragen, dass eine Abstimmung allgemein und konkret erfolgt, um zu gewährleisten, dass die Mittel des EFF wirksam und nachhaltig eingesetzt werden.

Durch den Ausschluss von Projektzielen, die bereits durch gesetzliche Leistungen erreichbar sind (z.B. AsylVfG, AsylbLG, SGB XII), wird gewährleistet, dass einzelstaatliche Maßnahmen (einschließlich regionale und lokale) nicht ersetzt, sondern sinnvoll ergänzt werden.

Zur Vermeidung einer Überschneidung des EFF mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF) wird eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen stattfinden. So sehen die Antragsunterlagen eine rechtsverbindliche Erklärung des Projektträgers darüber vor, ob und bei welcher Stelle er Mittel aus ESF (oder einem anderen Programm der EU bzw. nationaler, regionaler, lokaler Art) beantragt hat oder beantragen wird. Erklärt der Projektträger, er habe Mittel aus dem ESF-Programm (oder anderen Quellen) beantragt bzw. beabsichtige dies, setzt sich die Nationale Zentralstelle zur Verwaltung des Programms EFF mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Verbindung und klärt ab, ob das Projekt aus Mitteln des ESF-Programms finanziert wird.

Zur Vermeidung von Überschneidungen des EFF mit dem Europäischen Integrationsfonds (EIF), insbesondere im Hinblick auf die in Deutschland geltende gesetzliche „Altfallregelung“, gilt folgende Abgrenzung der Zielgruppen:

Anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Geschützte unterfallen dem Europäischen Flüchtlingsfonds. Sie sind auch dann keine Zielgruppe des EIF, wenn sie eine auf Dauer angelegte Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Personen nach §104a Abs. 1 Satz 1 AufenthG können als ehemalige Asylbewerber zunächst Zielgruppe des Europäischen Flüchtlingsfonds gewesen sein. Sobald der Ausländer auf Grundlage des §104a Abs. 1 Satz 2 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 Satz 1 AufenthG erhält (weil er seinen Lebensunterhalt durch eigenständige Erwerbstätigkeit sichern kann), ist er ab Erteilungszeitpunkt der Zielgruppe des Europäischen Integrationsfonds zuzuordnen.

Hierzu gilt folgende Übergangsregelung: Nutznießer einer EFF-geförderten Maßnahme können diese Maßnahme auch dann noch zu Ende führen, wenn ihnen zwischenzeitlich eine Aufenthaltserlaubnis gem. § 104a Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 23 Abs. 1 AufenthG erteilt worden ist.

Im Hinblick auf eine sinnvolle Abstimmung verschiedener Integrationsmaßnahmen werden bevorzugt Projekte gefördert, die mit anderen Förderprogrammen des Bundes und der Länder, zum Beispiel dem Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, der Migrationserstberatung für Erwachsene sowie dem Eingliederungsprogramm für junge Menschen mit Migrationshintergrund (Jugendmigrationsdienste) in einem Bezug stehen.

Im Übrigen wird darauf geachtet, dass eine Doppelförderung eines Projektes durch den EIF einerseits und den EFF III andererseits ausgeschlossen ist.

4.2. Priorität 2

Strukturverbesserungen in Asylpolitik/Asylverfahren und Asylrechtsprechung erfordern kaum Fördermaßnahmen und Fördermittel. Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über ein gut entwickeltes Asylsystem. Die Pflege und Fortentwicklung dieses Asylsystems ist staatliche Aufgabe und obliegt auf Verwaltungsebene dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Diese Behörde stellt als Kompetenzzentrum für Migration, Integration und Flüchtlinge ein hohes Niveau des deutschen Asylsystems sicher.

Die unter 3.2. beschriebenen Maßnahmen ergänzen und verbessern insofern die vorhandenen Strukturen im Asylbereich und stehen in Einklang mit den nationalen asylpolitischen Zielvorgaben. Es wird darauf geachtet, dass nur zusätzliche, durch gesetzliche Bestimmungen nicht geregelte Projektmaßnahmen gefördert werden (Additionalitätsprinzip). Sonstige Fördermittel der Europäischen Union für Strukturverbesserungen in Asylpolitik/Asylverfahren/Asylrechtsprechung werden von der Bundesrepublik Deutschland nicht in Anspruch genommen.

5. GERÜST FÜR DIE DURCHFÜHRUNG DER STRATEGIE

5.1 Veröffentlichung des Mehrjahresprogramms

Das Mehrjahresprogramm der Bundesrepublik Deutschland wird im Internet unter www.bamf.de veröffentlicht. Im öffentlichen Ausschreibungsverfahren wird ebenfalls auf das Mehrjahresprogramm verwiesen. Die Ausschreibung wird im Bundesanzeiger und im Internet publik gemacht.

5.2 Ansatz zur Implementierung des partnerschaftlichen Prinzips

Zur Ermittlung von Lage und Bedarf in der Bundesrepublik Deutschland werden die von den obersten Landesbehörden der Bundesländer festgelegten Dienststellen aufgefordert, im Antragsverfahren eine schriftliche Empfehlung zu den einzelnen Projekten abzugeben. Kirchen und Verbände der freien Wohlfahrtspflege sowie jede andere Stelle, die maßgeblich im Bereich der freien Wohlfahrtspflege zuverlässig, erfahren und sachkundig ist, können der von der obersten Landesbehörde für die Empfehlung für zuständig erklärten Stelle ergänzend einen Situationsbericht zu Lage und Bedarf vorlegen, der Bestandteil des Antragsverfahrens wird. Hierdurch erfolgt gleichzeitig die Konsultation geeigneter Partner zur Festlegung des Mehrjahresprogramms.

6. INDIKATIVER FINANZPLAN

6.1 Gemeinschaftsbeitrag

6.1.1 Tabelle

Mehrsjahresprogramm –Entwurf Finanzplan							
Tabelle 1: Gemeinschaftsbeitrag							
Mitgliedstaat: (Bundesrepublik Deutschland)							
Fonds: (Europäischer Flüchtlingsfonds)							
(in T Euro – aktuelle Preise)	2008	2009	2010	2011	2012	2013	gesamt
Priorität 1: (5.447	6.952	6.952	8.401	8.401	10.481	46.634
Priorität 2: (911	1.227	1.227	1.483	1.483	1.850	8.181
Priorität 3: (...)	---	---	---	---	---	---	---
Priorität... (...)							
Technische Hilfe	511	648	648	443	443	545	3.238
gesamt	6.869	8.827	8.827	10.327	10.327	12.876	58.053

6.1.2 Anmerkungen zu den Zahlen / Tendenzen

Für die Priorität 1 der strategischen Leitlinien werden seitens der Bundesrepublik Deutschland 85,0 % und für die Priorität 2 15 % der gesamten im Förderjahr zugewiesenen Finanzmittel für eine Kofinanzierung der in Artikel 3 der Entscheidung 2007/573/EG genannten Maßnahmen vorgesehen. Insgesamt werden auf Grund der im Rahmen des EFF II ab 2005 gemachten Erfahrungen 2/3 des Gesamtbetrags

für mehrjährige Projekte zur Verfügung gestellt. Die verbleibenden Fördermittel werden auf kurzfristigere Projekte verteilt.

Die Technische Hilfe beträgt:

- a) für den Zeitraum 2008 bis 2010: 7% des Gesamtbetrages der jährlichen Mittelzuweisung zuzügl. 30.000,00 EUR
- b) für den Zeitraum 2011 bis 2013: 4 % des Gesamtbetrages der jährlichen Mittelzuweisungen zuzüglich 30.000,00 Euro.
(vgl. Art. 16 Abs. 2 Buchst. a) und b) der Entscheidung 2007/573/EU).

6.2 Gesamtfinanzplan

6.2.1 Tabelle

(in T Euro – aktuelle Preise)	2008	2009	2010	2011	2012	2013	gesamt
Gemeinschaftsbeitrag	6.869	8.827	8.827	10.327	10.327	12.876	58.053
Öffentliche Kofinanzierung	3.310	3.973	3.973	4.648	4.648	5.794	26.346
Private Kofinanzierung	3.053	4.766	4.766	5.576	5.576	6.954	30.691
gesamt	13.232	17.566	17.566	20.551	20.551	25.624	115.090
Gemeinschaftsbeitrag in %	51,91	50,25	50,25	50,25	50,25	50,25	50,44

6.2.2 Anmerkungen zu den Zahlen / Tendenzen

Die aufgeführten Gemeinschaftsbeiträge beinhalten die gesamten, jährlichen, der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellten Finanzmittel ohne Abzug der technischen Unterstützung.

Die öffentlichen und die privaten Kofinanzierungsmittel wurden auf Grund der in den Jahren von 2005 bis 2007 durchschnittlich jeweils gewährten Beträge ermittelt. Dabei wurde festgestellt, dass die öffentlichen Finanzmittel ca. 25 % und die privaten Finanzmittel (einschließlich der Eigenleistungen durch die Antragsteller) ca. 30 % der in den Förderjahren jeweils insgesamt beantragten Projektkosten finanzieren. In den ermittelten Tabellenwerten wurden geplante erhöhte Kofinanzierungen für spezifische Prioritäten berücksichtigt.

(Unterschrift der zuständigen Person)